

In der NFÖ fühlen wir uns diesen Werten besonders verpflichtet:  
**Neutralität - Direkte Demokratie - Eigenstaatlichkeit.**

Neutrales Freies Österreich

www.nfoe.at

10-12/2023/ Nr. 87

## Krieg in Palästina und Unruhen in Europa

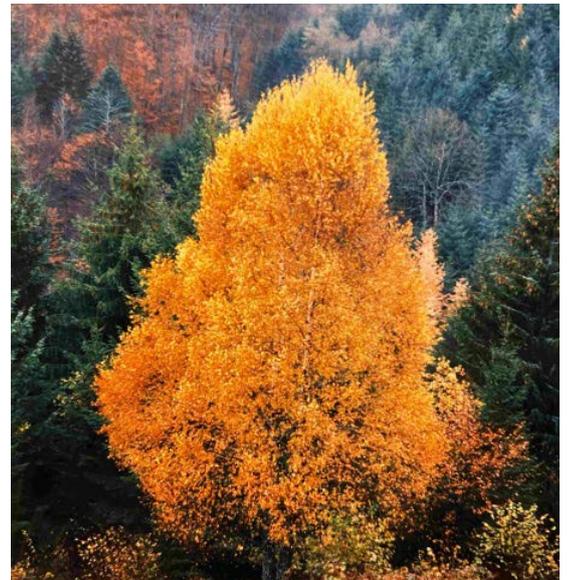
Liebe Leserin!  
Lieber Leser!

Diesmal fällt es uns nicht leicht, unserer bisherigen Linie treu zu bleiben und Ihnen zu Beginn der Adventzeit, einer Zeit der Vorfreude auf das weihnachtliche Friedensfest, vor allem positive Aspekte der Zeitläufe und ihrer Gestaltung durch die Menschheit zu vermitteln. Zu sehr sind diese Tage geprägt von bedrückenden Nachrichten, Nachrichten von Krieg und Leid, von Grausamkeit und Zerstörung, jetzt nicht mehr nur in der Ukraine, sondern auch in Palästina, beides Gebiete nicht allzu weit entfernt von uns. Wir haben in dieser Ausgabe für sie wieder einigen Lesestoff zusammengetragen, der Ihnen helfen kann, sich ein eigenes Bild zu machen, abseits von der „veröffentlichten Meinung“ der großen Systemmedien. Wer sich ausführlicher mit ihr beschäftigt, wird sehr bald haarsträubende Widersprüche entdecken. Und das hat auch etwas Gutes. Auch davon ist in diesem Heft die Rede. Die Masken fallen. Die Wahrheit erscheint – und immer mehr Menschen können sie sehen, die Wahrheit, dass viele Dinge nicht so sind, wie sie uns jahrzehntelang glauben gemacht wurden. Man kann jetzt wie durch ein Vergrößerungsglas sehen, was bisher weitgehend verdeckt geblieben ist, dass in der Politik viel gelogen wird, Unrechtszustände, anstatt sie zu beheben, toleriert

werden, dass Feindschaft regelrecht provoziert und Gewalt als Mittel der Wahl eingesetzt wird. Es wird aber auch deutlich, dass es so nicht weitergehen kann. Diese Erkenntnis hat ein enorm positives Potenzial. Es muss endlich eine politische Struktur aufgebaut werden, die auf Wahrheit und Gerechtigkeit beruht. Dabei scheint den Vereinten Nationen eine tragende Rolle zuzukommen, wie jetzt im Palästina-Konflikt feststellbar ist. Ebenso müsste die militärische und politische Neutralität ein Baustein dieser neuen politischen Struktur sein. Beides wird in dieser Ausgabe thematisiert.

Und dann muss man auch noch schauen, welchen Standards die „westliche Wertegemeinschaft“ folgt. Wenn es schon nicht mehr die der christlichen Nächsten- und Feindesliebe sind, so funktioniert eine gesellschaftliche oder internationale Ordnung nicht ohne ethische Grundsätze. Wie wäre es z. B. mit diesem: Was Du nicht willst, das man dir tut, das füg auch keinem andern zu? Oder wie wäre es mit der Erkenntnis, dass es Sicherheit nur miteinander und nicht gegeneinander geben kann? Oder wie wäre es mit der Entwicklung der Fähigkeit zu Mitgefühl und Mitleid? Und damit wären wir beim Weihnachtsfest.

Vorher aber noch ein Wort in eigener Sache: Wie Sie vielleicht bemerkt haben, ist es nach der Covid-Zeit beim Neutralem Freien Österreich wieder voll losgegangen. Unser Veranstaltungskalender ist ziemlich ausgebucht, Vorträge, Gesprächsrunden, Info-



*Es scheint, als ob das „Feuer“ der Birke schon auf den Wald im Hintergrund übergegriffen hätte.*

*Da ist die gedankliche Verbindung mit der derzeitigen geopolitischen Konflikt-Politik gar nicht so weit hergeholt, wenn man auf die kriegerischen Auseinandersetzungen in der Ukraine und jetzt im Nahen Osten blickt. Dort hat das sich ausbreitende „Feuer“ bereits auf den Libanon und auf Syrien übergegriffen. Der Rauch macht sich auch schon in Europa bemerkbar. Und dabei wollen die Menschen auf allen Kontinenten nichts anderes als in Frieden leben.*

*Wann wird die Politik endlich fähig und willens sein, diesem urmenschlichen Bedürfnis Rechnung zu tragen, sodass endlich „Brand aus“ vermeldet werden kann? Das würden wir uns und vor allem den Menschen in den Kriegsgebieten sehnlichst wünschen.*

Bild: rp

Stände, Nachrichtenblatt, Internet-Auftritt usw., wir machen es gerne ehrenamtlich, aber alles kostet Geld, Referenten-Entgelte, Saalmieten, Papier, Druckkosten u. a. Kurzum: Wir sind ziemlich blank und bitten Sie deshalb um eine „besondere Weihnachtsspende“.

Und jetzt dürfen wir Ihnen, liebe Leserin, lieber Leser, noch von Herzen ein schönes Weihnachtsfest und vor allem ein gesundes und friedliches Neues Jahr 2024 wünschen.

Ihr NFÖ-Redaktionsteam

### Inhalt

- 1 Krieg in Palästina und Unruhen in Europa
- 2 Die beiden Kriege und das Messen mit zweierlei Maß
- 2 Das afrikanische Jahrhundert
- 3 Die völkerrechtlichen Rechte und Pflichten eines immerwährend neutralen Österreichs
- 4 Wussten Sie?
- 6 Lesens-, sehens-, hörens-wert
- 6 Lesermeinungen
- 7 Positives, Erfreuliches
- 8 Impressum

*Der Weg des Friedens ist dem  
Weg des Krieges vorzuziehen*

Jitzchak Rabin (1922 – 1995)

Friedensnobelpreisträger · Israelischer Ministerpräsident

## Die beiden Kriege und das Messen mit zweierlei Maß

Wenn die Ereignisse unserer Zeit etwas Positives an sich haben, dann ist es die Tatsache, dass durch sie für die westliche Gesellschaft und Politik die Stunde der Wahrheit angesagt ist – zumindest für diejenigen, die bereit sind, zu sehen und ihre Schlüsse daraus zu ziehen.

Jahrzehntelang hat man bei Problemen weggeschaut, sie als Einzelfälle kleingeredet. Wer seine Besorgnis äußerte, war ein Spielverderber. Er wurde als rechtsextremer Verschwörungstheoretiker diffamiert. Es wurde verschwiegen, verschleiert, vertuscht, gelogen und Schwarz-Weiß-Malerei betrieben. Es wurde mit zweierlei Maß gemessen, Gleiches ungleich behandelt und Ungleiches gleich, sei es aus grenzenloser Naivität, ideologischer Verbohrtheit, Abhängigkeit von mächtigen Einflüsterern oder echter Bosheit.

In Zukunft wird das nicht mehr so leicht gehen. **Die Ereignisse zwingen uns geradezu, auf die bisher weitgehend kritiklos hingenommenen Ungereimtheiten und Widersprüche genauer hinzuschauen** und dabei die Wahrheit und den angeborenen Sinn für die Realität wieder zu entdecken.

Da ist beispielsweise die dümmlich-manipulative Frage in den westlichen Medien, warum denn die israelische Führung nichts von einem bevorstehenden Hamas-Angriff aus dem Gazastreifen wusste. Die Frage ist nicht „warum“, sondern „ob“. Denn dass der Mossad, der beste Geheimdienst der Welt, nichts von dem mitbekam, was sich monatelang direkt vor seiner Haustüre bei seinem gefährlichsten Feind abgespielt hat, das kann man jemand anderem erzählen. Und wie konnten hunderte von Hamas-Kämpfern die bestgeschützte Grenze der Welt durchbrechen und auf israelisches Siedlungsgebiet vordringen, ohne von der besten High-Tech-Armee der Welt aufgehalten zu werden? Und wieso kehrte die israelische Führung die wenige Tage zuvor von Ägypten und eigenem Militärpersonal durchgegebenen Warnungen vor einem zu erwartenden An-

griff in den Wind?

Es gibt auffallende strukturelle Parallelen zwischen den beiden aktuellen Kriegen Russland / Ukraine und Israel / Palästina. Es handelt sich in beiden Fällen um militärische Interventionen eines ungleich mächtigeren Landes – Russland und Israel sind Atommächte – auf dem Boden eines wesentlich schwächeren Landes (soweit man Palästina als „Land“ bezeichnen

*Die ukrainische Regierung müsste doch ein Interesse daran haben, ihre Bevölkerung zu schützen. Was ist moralisch hochwertiger, einige Quadratmeter hinzu zu gewinnen – vor allem in Regionen, in denen Menschen leben, die sich als Russen oder als russischsprachig verstehen – oder zigtausende ukrainische Leben zu opfern? Ist das moralischer? Es muss ein Umdenken erfolgen.*

Harald Kujat, ehem. NATO-General im Interview am 5.11.2023

kann). Beide Kontrahenten sind durch bestimmte Gegebenheiten bei einer diffusen Abgrenzung miteinander verwoben. Im ukrainischen Donbass gibt es eine Mehrheit von russischsprachiger bzw. zu Russland tendierender Bevölkerung, der der Beitritt zu Russland seit Jahrzehnten verweigert wird, und auf dem Boden Palästinas wird dem einheimischen Bevölkerungsteil seit Jahrzehnten die Gründung eines eigenen Staates verweigert. Die Angriffe gingen jeweils vom schwächeren Teil aus mit 1 400 kolportierten Opfern durch die palästinensische Hamas und 14 000 von der UNO bestätigten Opfern durch den ukrainischen Beschuss des Donbass zwischen 2014 und 2022. Beide Angreifer benutz(t)en Zivilisten als menschliche Schutzschilde, eine bekannte Strategie des Unterlegenen. Und doch spielen diese augenfälligen Ähnlichkeiten und zugleich bezeichnenden Unterschiede in der westlichen Wahrnehmung durch Politik und Medien keine Rolle, **weil sonst das westliche Narrativ vom bösen Russland und dem guten Israel zusammenbrechen würde. Die Realität ist eben nicht so schwarz / weiß wie es dargestellt wird.** Da macht das gute Israel so ziemlich das gleiche wie das böse Russland, z. T. sogar Ärgeres, und die böse Hamas das gleiche wie die gute

Ukraine. Und Gaza-Stadt schaut jetzt aus wie Bachmut. Wieso fällt das (offiziell) niemandem auf? Wie sonst ist es erklärlich, dass diese Tatsachen in den großen Medien keine Erwähnung finden, dass es keine sorgfältige, ausgewogene Ursachenanalyse gibt, sondern stattdessen in haarsträubender Parteilichkeit und in Widerspruch zur Realität Stellung bezogen wird: hier die gute Ukraine und der böse „völkerrechts-

widrige russische Angriffskrieg“, dort das gute Israel und die böse „Terrororganisation Hamas“. Und das steht von vorne herein fest. Die Frage nach den wahren Ursachen der Gewalt und der jahrzehntelangen Verschleppung ihrer Beseitigung – Fehlanzeige. Indessen ein Messen mit zweierlei Maß, wie es einseitiger und realitätsferner kaum mehr zu überbieten ist.

Eine unabhängige, internationale Untersuchung ist dringend erforderlich, die Zugang zu Informationen aller am Konflikt beteiligten Seiten hat. Weder Israelis noch Amerikaner werden dem zustimmen, was darauf hindeutet, dass Tel Aviv viel zu verbergen hat.

Die schon fast unruheartigen Zustände auf den Straßen gerade der europäischen Staaten mit hohem Migrantenanteil, die im Gefolge des Nahost-Konflikts ausgebrochen sind und weiter eskalieren können, zeigen unübersehbar, wie verfehlt, naiv und verantwortungslos die bisherige Politik der unbegrenzten Zuwanderung hierzulande war. Erst dadurch sieht sich die Politik zu (vorläufig wenigstens verbalen) Korrekturen veranlasst. Dazu bedurfte es eines Nahost-Konflikts. Was für ein Armutszeugnis!

*Quellen: tkp.at; zeitungderarbeit.at*

## Das afrikanische Jahrhundert

Afrika ist der am wenigsten erschlossene Kontinent mit der größten landwirtschaftlich nutzbaren Fläche, der jüngsten Bevölkerung, einem ungeheuren Bedarf an Infrastruktur und kolossalen Möglichkeiten im noch gänzlich unterentwickelten Binnenhandel.

Aber damit diese Vorteile zur Geltung kommen können, müssen jene Strukturen beseitigt werden, die über all die Jahrzehnte dazu führten, dass jeglicher Reichtum in

den Westen floss. Wie sehr große Teile des Kontinents den Bedürfnissen der Kolonialherren unterworfen waren und sind, zeigt ein Blick auf das Straßennetz, das im Grunde stets nur eine Richtung kennt – hin zur Küste, zum Hafen, aus dem die Güter abtransportiert werden können. Afrika besitzt zwar enormes Potenzial, das aber unter den nach wie vor existierenden Bedingungen eines kolonialen Verhältnisses nicht erschlossen werden kann, denn

der Kolonialismus hat nur seine Gestalt geändert. Musterbeispiel dafür ist der französische Kolonialpakt, der die Kolonien zwar formell in die Unabhängigkeit entließ, ihnen aber die Kontrolle über ihre Devisenreserven entzieht und dazu verpflichtet, stets französischen Firmen den Vortritt zu lassen, sobald es etwas zu verdienen gibt. Durch den CFA-Franc sind diese Länder auch noch an den Euro gebunden und müssen noch immer eine Steuer für die

*(Fortsetzung auf Seite 3)*

„französischen Leistungen“ entrichten. Mali und Burkina Faso, beides Opfer des Kolonialpakts, haben es geschafft, sich mithilfe der russischen Wagner-Gruppe davon zu befreien. **Das kann nur gelingen, wenn diese Länder vor Militärinterventionen der europäischen Kolonialmächte, heute vertreten durch die EU, sicher sind.**

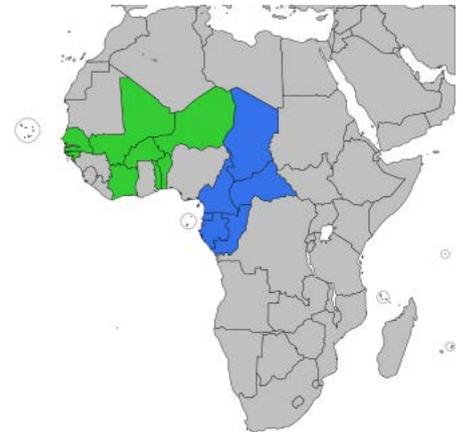
Damit wird auch klar, warum die EU-Verteidigungsminister, darunter auch der österreichische, heuer neue Militäreinsätze in Niger, Benin, Togo und an der Elfenbeinküste beschlossen haben, alles „ehemalige“ französische Kolonien.

Auch die Klimaerzählung sollte, das kann man unschwer erkennen, dazu genutzt werden, um eine Industrialisierung afrikanischer Nationen weiter zu verzögern und neue Abhängigkeiten auszulösen, die diesmal durch den Geldbedarf zum Ausbau erneuerbarer Energien und CO<sub>2</sub>-Verbrauch-Steuerung entstehen sollen.

Nicht nur Wagner stört diese Kreise. Auch

China durchkreuzt diese Pläne mit seinen Infrastrukturprojekten und seinen Handelsbeziehungen. Es kommen auch noch die Angebote dazu, Außenhandel ohne Nutzung des US-Dollars (oder des CFA-Francs) abzuwickeln oder sogar den BRICS-Staaten beizutreten. Die Wut, die die guten Beziehungen Russlands wie Chinas zu Afrika im Westen erzeugen, hat natürlich auch mit den Lasten einer düsteren Geschichte zu tun, von der diese Beziehungen frei sind.

Dieses Jahrhundert kann ein afrikanisches Jahrhundert werden, und das Versprechen auf eine prosperierende Zukunft, das sich in der Gründung der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) vor sechzig Jahren manifestierte, könnte sich endlich verwirklichen. Für Europa würde das heißen, dass der Migrationsdruck schwindet, und dass es durch fairen Handel vom afrikanischen Aufstieg profitiert – allerdings nur, wenn es gelingt, koloniale Ansprüche und koloniales Denken endlich abzuwerfen.



Die CFA-Franc-Zonen in Afrika:  
CFA-Franc BCEAO (grün), CFA-Franc BEAC (blau)

Durch die Bindung des CFA-Franc an den Euro kann Frankreich starken politischen und wirtschaftlichen Einfluss auf diese afrikanischen Länder ausüben.

Quelle: wikipedia.org

Quellen: dw.com; de.rt.com

## Die völkerrechtlichen Rechte und Pflichten eines immerwährend neutralen Österreichs

Für das völkerrechtliche Neutralitätsrecht spielt es keine Rolle, wer einen Krieg begonnen hat, ob es ein Aggressionskrieg ist, wie der Konflikt zustande gekommen ist, sondern entscheidend ist, dass es einen bewaffneten Konflikt, d. h. praktischen Kriegszustand gibt.

In einem solchen Fall bedeutet die Neutralität zum einen Pflichten, und zum anderen auch eine große Schutzwirkung. Auch die kriegführenden Staaten sind an das Neutralitätsrecht gebunden, sodass die Neutralität im Grunde das wesentlich bessere Konzept ist als die stärkste Armee, die ein Kleinstaat überhaupt nur haben kann.

Das österreichische Neutralitätsgesetz ist sowohl Verfassungsrecht als auch Völkerrecht, weil es völkerrechtlich verbindlich gemacht worden ist. Es ist im Wege von diplomatischen Noten 1955 an alle Staaten, mit denen Österreich damals diplomatische Beziehungen unterhalten hat, notifiziert worden. Das nennt man im Völkerrecht ein einseitiges völkerrechtliches Rechtsgeschäft, was ein großes Privileg ist.

Die Freiheit eines einseitigen Rechtsgeschäfts bedeutet nicht, dass wir tun und lassen können, was wir wollen. Wir können nicht sagen, heute sind wir neutral und morgen sind wir nicht mehr neutral. Denn die Rechtswirkung des einseitigen Rechtsgeschäfts ist die Entstehung eines sogenannten Rechtsscheines. Das bedeutet, dass diejenigen, denen man mitgeteilt hat, dass man neutral ist, darauf vertrauen können, dass Österreich tatsächlich auch neutral ist.

Was in der Realität daher die größte Rolle spielt, sind die Änderungen, die im Zusammenhang mit der Mitgliedschaft bei der Europäischen Union in Bezug auf die in der österreichischen Bundesverfassung verankerte immerwährende Neutralität passiert sind.

Diese Vertragsbestimmungen der Europäischen Union sind nichts anderes als ein Gründungsvertrag einer regionalen internationalen Organisation. Die Europäische Union wird gerne als ein Superstar gesehen, aber rein rechtlich, rein völkerrechtlich, ist sie nichts anderes als eine regionale internationale Organisation. Als regionale internationale Organisation ist die Europäische Union ans Völkerrecht gebunden. Im EU-Vertrag bekennt sie sich ausdrücklich zu den Grundsätzen der Satzung der Vereinten Nationen.

Sie sehen das an den Sanktionen, weil die Sanktionen nach der Satzung der Vereinten Nationen vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen genehmigt werden müssten. **Die Europäische Union hat alle diese Sanktionen gegenüber Russland beispielsweise, gegenüber Venezuela oder gegenüber Iran ohne Genehmigung des Sicherheitsrates völkerrechtswidrig verhängt.** Was die Europäische Union in diesem Zusammenhang tut, ist, dass sie einfach kopiert, was die Vereinigten Staaten in der Zeit des ersten Kalten Krieges erfunden haben.

Zu sagen – das mag unser Staatsoberhaupt – die Solidaritätspflichten aus der EU gehen vor, das ist eben nicht so der Fall, **sondern**

**das universelle Völkerrecht geht vor.** Unsere Verpflichtung zur immerwährenden Neutralität ist eine Pflicht aus dem universellen Völkerrecht und nicht eine Pflicht aus dem regionalen der internationalen Organisation der Europäischen Union. Wenn wir gegenüber der Europäischen Union Verpflichtungen eingehen, die mit unseren universellen Verpflichtungen nicht übereinstimmen, sind wir gegenüber der EU zwar schuldig, aber vom universellen Völkerrecht her ist es (sogar) geboten, gegen die Europäische Union zu handeln. Neutralität bedeutet Abstinenzpflicht, Gleichbehandlungspflicht und sie bedeutet, dass das österreichische Territorium für Kriegführende nicht zur Verfügung gestellt werden kann.

- Abstinenzpflicht heißt: In einem internationalen bewaffneten Konflikt darf ich keine Seite militärisch unterstützen, und zwar in der weitesten Form. Ich darf für sie keine Waffenkäufe machen, ich darf keine Waffenlieferungen durch mein Territorium genehmigen, ich darf für Waffen, die ich irgendwohin verkauft habe, keine Genehmigung erteilen, dass Drittstaaten diese Waffen letztendlich an einen Kriegführenden liefern.
- Gleichbehandlungspflicht bedeutet: Wenn ich Selenskyj in den Nationalrat einlade, muss ich Putin auch einladen. Weil so nichts Gutes herauskommen kann, zwingt einem die Abstinenzpflicht, weder den einen noch den anderen einzuladen. Gleichbehandlungspflicht bedeutet eben beide Seiten. Da mag die eine Seite 10 Mal im Unrecht sein und die andere Sei-

(Fortsetzung auf Seite 4)

te 10 Mal im Recht. Ich muss beide Seiten gleich behandeln.

- Keine zur Zurverfügungstellung des österreichischen Territoriums: Wenn ich ukrainische Soldaten in Österreich ausbilde, was mache ich dann? Dann stelle ich das österreichische Territorium zur Verfügung. Das ist eindeutig ein Akt, der nicht gedeckt ist.

Die Rechnung wird man präsentiert bekommen. Darauf kann man sicher sein. Ich bin ein Optimist in Bezug auf die Neutralität, auch aufgrund meiner Kenntnis in Bezug auf Russland. Russland wird uns am Ende des Tages verzeihen. Davon bin ich fest überzeugt. Auch wenn wir im Augenblick unter einem „unfreundlichen Staat“ laufen, genau gleich wie alle anderen EU-Mitgliedsstaaten und genau gleich, wie die USA, Kanada, Australien oder Neuseeland.

Die Neutralität hat einen großen Vorteil: Sie

ist, auch wenn man sie in Millionen Fällen missachtet, noch nicht erledigt. Sondern sie steht als Pflicht weiter aufrecht. Man wird nur das Unrecht, das man gesetzt hat, irgendwann wieder in Ordnung bringen müssen.

Dieser Tag, das meine ich mit Rechnung, der wird kommen. Dass Russland sagt, ihr habt euch so miserabel verhalten, das sehen wir jetzt als Ende eurer Neutralität an, das halte ich für vollkommen ausgeschlossen. Daher, glaube ich auch, sollte sich eine politische Bewegung in Österreich finden, die die Neutralität wieder so achtet, wie sie nach Völkerrecht geachtet werden muss, die Schritte rückabwickelt, sodass eine Harmonie besteht zwischen dem, was tatsächlich getan wird, und dem, was für einen immerwährend neutralen Staat in einem internationalen bewaffneten Konflikt geboten ist. *Auszug aus einem Vortrag von Univ.-Prof. Dr. Michael Geistlinger, gehalten am 28. März 2023 in Ansfelden.*

*Zu einer der multipolaren Konstellation Rechnung tragenden Neubestimmung könnte Österreich beitragen und so seiner Neutralität neues Leben einhauchen. Wir hatten über Jahrzehnte Übung mit einer konstruktiven aktiven Außenpolitik. Deren Ziele und Mittel waren: Hilfe bei Konfliktbearbeitung, Streitbeilegung, freier Gedankenaustausch, Vermittlung, Entspannung, Förderung der Entwicklung von Völkerrecht und Menschenrechten, Ermöglichung von Begegnungen und Verhandlungen, humanitäre Hilfen und vieles mehr. Auferstehung ist möglich – und sinnvoll.*

Gabriele Matzner, ehem. außenpolitische Mitarbeiterin von BK Bruno Kreisky und Botschafterin in div. Ländern.

Quelle: [www.zeit-fragen.ch](http://www.zeit-fragen.ch)

## „Klimaleugner“ ist ein sinnentleertes Totschlagargument

Wer gewisse Zweifel an der Unumstößlichkeit der These von der menschengemachten, CO<sub>2</sub>-bedingten Klimaapokalypse äußert, wird von deren ideologisch fixierten Anhängern gerne als „Klimaleugner“ bezeichnet. Dieser Kampfbegriff soll den Gesprächspartner assoziativ in die Nähe von „Holocaust-Leugnern“ rücken. Sein Einsatz suggeriert, dass man sich mit solchen Leuten gar nicht mehr auseinandersetzen muss, ja nicht einmal mehr darf. Er ist vor allem in deutschsprachigen Ländern ein Totschlagargument.

Abgesehen davon, dass dieser Begriff aus der untersten Schublade der Propaganda kommt und eine unverschämte Verunglimpfung eines gegensätzlichen Stand-

punktes darstellt, bedeutet er vor allem **Diskussionsverweigerung in einer wissenschaftlichen Debatte, die bei weitem noch nicht abgeschlossen ist**, wie das die Anhänger des Klimakatastrophen-Weltbildes glauben machen möchten. Eigentlich steckt diese Debatte erst in ihren Anfängen, weil es sich um Phänomene von außerordentlicher, globaler Komplexität handelt, ganz zu schweigen von den daraus abzuleitenden Maßnahmen. Für die Freunde der Klimareligion gibt es allerdings keine Zweifel mehr. Es darf auch keine mehr geben, weil der menschengemachte Klimawandel für sie ein Dogma ist. Der Begriff des Leugnens stammt tatsächlich aus religiöser Sprache. Er hat in

einem wissenschaftlichen Diskurs nichts verloren. Welcher vernünftige Mensch will denn schon das Klima leugnen? Klima ist doch nichts anderes als das Wettergeschehen in seiner zeitlichen Ausdehnung. Dann könnte man ja auch gleich das Wetter leugnen.

Was allerdings nicht geleugnet werden kann, ist die Tatsache, dass mit der Klimakrisen-Erzählung die breite Masse der Bevölkerung wunderbar abgezockt werden kann. Ohne dass diese Einspruch erhebt, können neue Steuern („CO<sub>2</sub>-Abgabe“) eingeführt und, über die Verteuerung der Grundbedürfnisse Lebensmittel und Energie, Steuern erhöht werden.

## Wussten Sie.....?

### Die nächste EU-„Reform“ droht

#### Kleinen Staaten soll der Rest an Souveränität entzogen werden

Auf einer Konferenz von EU-Außenministern, die auf Einladung ihrer deutschen Kollegin Annalena Baerbock Anfang November in Berlin stattfand, stellte diese ihre Ideen für eine „Reform“ des unreformierbaren Konstrukts Europäische Union vor, mit denen sie nach eigenen Worten einen internen Diskussionsprozess anstoßen will. In einer erweiterten Union, die ihr offenbar vor Augen schwebt – mit den von ihr gewünschten Beitrittskandidaten Ukraine(!), Moldawien und Westbalkan – darf es keine Vergrößerungen von Kommission und Parlament geben. **Mehr Entscheidungen sollen nach dem Mehrheitsprinzip gefällt, sowie Verstöße von Mitgliedsstaaten, etwa**

bei der Rechtsstaatlichkeit, **schneller gehandelt werden.** Ihrer Meinung nach ist eine solche Reform nötig, um die Handlungsfähigkeit der EU auch nach dem angestrebten Beitritt weiterer Länder zu erhalten. *Quelle: diepresse.com*  
**Der wesentlichste Punkt, den die EU-Machteliten im Schatten dieser bewegten Tage eines neu aufgeflamnten Nahost-Krieges angehen, ist, das Mehrstimmigkeitsprinzip auf möglichst alle politischen Bereiche auszudehnen, jedenfalls auf jene restlichen, die bisher davon noch nicht erfasst sind (Finanzen, Budget, Aufnahme neuer Mitgliedsstaaten, Soziales, Migration u.a.).**

**Es geht also in Wahrheit darum, die Zügel straffer anzuziehen und die Durchsetzungsfähigkeit Brüssels gegen nicht-konforme Mitgliedsstaaten und Positionen zu erhöhen. Die perfekte Despotie lässt grüßen. Wie hat man vor der Volksabstimmung 1994 argumentiert? „Das kleine Österreich kann in sensiblen Politikbereichen nicht überstimmt werden, weil es seine nationalen Interessen, konform mit der EU-Rechtsprechung, durch ein Veto durchsetzen kann. Den Österreichern, dem Souverän bleibt dieser demokratische Ausweg verlässlich erhalten.“ Und was ist davon geblieben?**

## UN-Generalsekretär Guterres verärgert Israel

Ich bin zutiefst besorgt über die eindeutigen Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht, die wir in Gaza beobachten. Lassen Sie mich klarstellen: Keine Partei in einem bewaffneten Konflikt steht über dem humanitären Völkerrecht. Nichts kann das vorsätzliche Töten, Verletzen und Entführen von Zivilisten rechtfertigen oder den Abschuss von Raketen auf zivile Ziele. Es ist wichtig anzuerkennen, dass die Angriffe der Hamas nicht aus einem Vakuum heraus geschehen sind. Das palästinensische Volk war 56 Jahre lang einer erstickenden Besatzung ausgesetzt. Sie haben gesehen, wie ihr Land stetig von Siedlungen verschlungen und durch Gewalt geplagt wurde. Ihre Wirtschaft wurde erstickt, die Bevölkerung vertrieben und ihre Häuser zerstört. Ihre Hoffnungen auf eine politische Lösung ihrer Notlage sind verschwunden. Aber die Leiden der Palästinenser können die entsetzlichen Angriffe der Hamas nicht rechtfertigen. Und die entsetzlichen Angriffe können die kollektive Bestrafung der Palästinenser nicht rechtfertigen. Der Schutz der Zivilbevölkerung bedeutet nicht, mehr als eine Million Menschen zur Evakuierung in den Süden

zu befehlen, wo es keine Unterkünfte, keine Nahrung, kein Wasser, keine Medikamente und keinen Treibstoff gibt, und dann den Süden selbst weiter zu bombardieren.

*Auszug aus einer Rede von Guterres im UN-Sicherheitsrat, gehalten am 24. Oktober d.J.; Quelle: media.un.org*

**Israels UN-Botschafter sprach angesichts dieser Äußerungen von „Verleumdung“ und forderte den UN-Generalsekretär erbost zum Rücktritt auf. Der israelische Außenminister sagte daraufhin ein geplantes Treffen mit Guterres ab und wies Forderungen nach einer Waffenruhe im Gazastreifen zurück. Nachdem im UN-Sicherheitsrat Israels Schutzmacht USA ihr Veto gegen das Ende der Bombardierungen eingelegt hatte, wurde drei Tage später eine UN-Generalversammlung einberufen, um über die Resolution „Über den Schutz von Zivilisten und die Aufrechterhaltung gesetzlicher und humanitärer Verpflichtungen“ Israel zum Einlenken zu bewegen.**

**Für ein Ende der Bombardierungen von Gaza, unmissverständlich als „Waffenruhe“ bezeichnet, stimmten 120**

**Länder. 14 waren dagegen. 45 Länder enthielten sich der Stimme.**

**Besonders unverständlich und ganz sicher nicht im Sinne des österreichischen Souveräns war das ablehnende Stimmverhalten des österreichischen Regierungsvertreters. Sogar Deutschland wagte es, Enthaltung zu üben. Die Schweiz mit Sitz des Internationalen RK stimmte – erwartbar – für die Waffenruhe, für die Beendigung des Tötens und Zerstörens. Mit diesem Ergebnis von mehr als zwei Drittel der Ja-Stimmen konnte somit die Resolution angenommen werden. Israel blieb allerdings davon unberührt und hielt an seinen Bombardierungen des Gazastreifens fest. Der grausame Tod oder schwere Verletzungen Unschuldiger, auch tausender Kinder werden als „Kollateralschäden“ in Kauf genommen.**

**Ähnlich unnachgiebig zeigte sich Israel bei einer zweiten, verabschiedeten UN-Sicherheitsrat-Resolution für einen Waffenruhe im Gazastreifen Mitte November.**

*Quelle: <https://news.un.org/en/story/2023/10/1142932>*

## EZB eröffnet offiziell die Vorbereitungsphase für die Einführung des digitalen Euros

Politiker wissen in den meisten Fällen, wenn es einen breiten Widerstand in der Bevölkerung gegen eines ihrer Projekte gibt. Wollen sie es trotzdem durchsetzen – das ist für sie „Demokratie“ – dann geben sie die entsprechende Beschlussfassung oder Gesetzes Einführung gerne zu einem Zeitpunkt bekannt, an dem die Aufmerksamkeit der Bevölkerung durch ein aufsehenerregendes Großereignis, z. B. durch Fußballweltmeisterschaften, abgelenkt ist. So war es auch diesmal, als Christine Lagarde, die Präsidentin der Europäischen Zentralbank (EZB), den Beginn der Vorbereitungsphase für die Einführung des digitalen Euros passend am 18. Oktober bekannt gab, im Schatten der Ereignisse in Israel / Palästina.

Der digitale Euro soll bis 2026 gesetzliches Zahlungsmittel in der Euro-Zone werden, sofern die konkreten Planungen abgeschlossen sind und der rechtliche Rahmen abgesteckt ist, wozu auch die EU-Institutionen einbezogen sind. Fachleute sind jedoch bzgl. der Einhaltung des Zeitplans skeptisch.

In der Praxis hat man sich das so vorzustellen: Der Bürger bekommt von der Zentralbank ein Guthaben auf eine entsprechende „App“ seines Smartphones. Möglicherweise ist hier schon die Einführung eines „bedingungslosen Grundeinkommens“ mitgedacht. Damit lassen sich online Zahlungen tätigen. Was ist aber mit denen, die kein Smartphone haben? Sollen sie durch die Hintertür dazu gezwungen

werden, sich eines zuzulegen?

Als Vorteil wird angegeben, dass eine Notenbank im Gegensatz zu Geschäftsbanken, Kreditkartengesellschaften oder Kryptobörsen nicht pleitegehen kann(?). Durch das digitale Bezahlen sollen die Menschen unabhängiger von den kommerziellen Interessen internationaler Konzerne werden.

EZB-Chefin und WEF-Mitglied Lagarde verkauft den Digital-Euro in ihrer Rede als großartiges Angebot. Er soll das Bargeld nicht ersetzen sondern nur ergänzen. Die Menschen hätten die Wahl, ob sie mit dem digitalen Euro oder mit Bargeld bezahlen. Das Konzept enthält allerdings relativ einfache handzuhabende Instrumente der totalen Kontrolle, der Kontrolle sämtlicher finanzieller Transaktionen aller Nutzer in der Eurozone. Guthaben könnten nach Gutdünken eingefroren, auf andere Konten verschoben, erhöht oder vermindert werden. Wer den Mächtigen zu lästig wird, könnte erleben, dass ihm sein Vermögen per Knopfdruck entzogen wird. Und das ist bei weitem keine Schreckensphantasie. Schon heute kämpfen Dissidenten in der ganzen westlichen Welt damit, dass ihnen die Eröffnung von Konten verweigert wird oder diese ohne Angaben von Gründen gesperrt werden. Außerdem lässt sich die EZB eine Hintertür zur Total-Abschaffung des Bargelds offen mit der Aussage, „wir werden das Bargeld so lange zur Verfügung stellen, wie es eine Nachfrage danach gibt.“ Das klingt fürs erste gut, ist es aber nicht,

weil schon lange daran gearbeitet wird, etwa mittels Bargeld-Obergrenzen dieses unattraktiv zu machen. Die EU-Kommission verfügte auch, dass die Annahme von Bargeld verweigert werden kann, wenn „die Parteien ein anderes Zahlungsmittel vereinbart haben oder eine Ausnahme gilt“.

Dank dieses Gummi-Paragrafen kann die Kommission diese „Ausnahmen“ völlig willkürlich festlegen.

Sinkt oder verschwindet die Nachfrage, verschwindet auch das Bargeld. Irgendwann würde dessen Verwendung so unattraktiv, dass ein gewisser Schwellenwert überschritten wird, bei dem die überwiegende Mehrheit des Volkes die Abschaffung quasi gar nicht mehr mitbekommt.

Wie hieß es so verräterisch in ehemaligen DDR-Zeiten: „Niemand hat die Absicht eine Mauer zu errichten.“ *Quelle: derstatus.at*  
**Wir empfehlen deshalb allen unseren Lesern DRINGEND, so oft mit Bargeld zu bezahlen wie nur irgend möglich.**



*Österreichische Banknoten aus Zeiten, in denen es sich unsere politischen Vertreter nicht leisten hätten können, eine Abschaffung von Bargeld auch nur anzudenken. Bild: rp*

## Leiter des UN-Büros für Menschenrechte tritt aus Protest gegen die Politik Israels zurück

Ende Oktober trat Craig Mokhiber, der Direktor des New Yorker Büros des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR) und ausgewiesene Experte auf diesem Gebiet von seinem Amt zurück. Er begründete diesen Schritt damit, dass es angesichts der jahrzehntelangen israelischen Apartheid-Politik der UNO nicht gelungen ist, die systematische Verfolgung und ethnische Säuberung des palästinensischen Volkes

zu verhindern. In seinem ausführlichen Rücktrittsschreiben bezeichnete er Israels militärische Intervention in Gaza als „Völkermord wie aus dem Lehrbuch“ und warf der UNO vor, aus Angst vor der Israel-Lobby und der Macht der USA kapituliert zu haben. Bemerkenswert ist das in diesem Schreiben enthaltene 10-Punkte-Konzept zur Lösung des Palästina-Problems.

Massenproteste von jüdischen Organisationen und Menschenrechtsaktivisten, „die

sich mit dem palästinensischen Volk solidarisierten und ein Ende der israelischen Tyrannei forderten“ (Mokhiber), sowie die Tatsache, dass diese Rücktrittserklärung auch in der „Jüdischen Stimme“ veröffentlicht wurde, beweisen, dass bei weitem nicht alle Personen jüdischer Abstammung mit der Politik der Regierung Netanjahu einverstanden sind.

Quellen: [democracynow.org](http://democracynow.org); [juedische-stimme.de](http://juedische-stimme.de); [globalbridge.ch](http://globalbridge.ch)

## Lesenswert – sehenswert – hörenswert!

- **Die multipolare Welt muss menschlicher werden.** Krieg und Zerstörung gibt es schon genug, nicht nur in der Ukraine und im Nahen Osten, sondern noch an vielen anderen Brennpunkten weltweit. Das Zusammenleben in dieser Welt muss besser gestaltet werden, meint der Verfasser dieses Zeitungsartikels Karl-Jürgen Müller in den Schweizer „Zeit-Fragen“ Nr.22/2023 bzw. zum Nachlesen im Webseiten-Archiv von [zeit-fragen.ch](http://zeit-fragen.ch).
- **USA erklären: Ukraine ist militärisches Innovationslabor.** Dies behauptet die stellvertretende US-Verteidigungsministerin für Strategie, Pläne und Fähigkeiten, Mara Karlin. [friedliche-loesungen.org/feeds/usa-erklaren-ukraine-ist-militarisches-innovationslabor](http://friedliche-loesungen.org/feeds/usa-erklaren-ukraine-ist-militarisches-innovationslabor)
- **Platon in Israel.** Der Nahe Osten versinkt in Blut und Gewalt. Was tun? Die Lehren des Jitzhak Rabin weisen den Weg. Artikel von Rudolf Brandner in der Zürcher „Weltwoche“ 42/2023.
- **Was ist am 7. Oktober wirklich passiert.** Versuch einer Wahrheitsfindung im Nahost-Konflikt. [tkp.at/2023/10/30](http://tkp.at/2023/10/30)
- **Orban lehnt EU-Beitrittsgespräche mit der Ukraine ab.** Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orban lehnt den von der EU-Kommission empfohlenen Beginn von Beitrittsverhandlungen mit Kiew entschieden ab, denn die Ukraine sei in keinerlei Hinsicht in einer Verfassung, um über ihre Beitrittsambitionen zu verhandeln. Dank Ungarn wird der Beitritt der Ukraine also schwierig werden, denn die EU-Staaten müssen darüber (noch) einstimmig entscheiden. [www.RND.de](http://www.RND.de)

## Lesermeinungen - Stimmen aus dem Volk

### Replacement Migration

„Umvolkung“ oder „Bevölkerungsaustausch“ darf man nicht sagen, sonst ist man ein Nazi. Im offiziellen UNO- und EU-Sprech heißt das „replacement migration“, was aber exakt dieselbe Bedeutung hat und de facto eine wörtliche Übersetzung von „Bevölkerungsaustausch“ ist. Wer's nicht glaubt, kann das ja im UNO-Entwurf des Immigrationspakts nachlesen. Da findet nichts im Geheimen statt, weder der Bevölkerungsaustausch noch die vollkommene Entmündigung der Menschen. Sie werden nur in den Medien nicht ihrem wahren Gewicht entsprechend, vollinhaltlich und unvoreingenommen publiziert. Lieber lässt man im ORF den unsäglichen Arno Settele eine dreiviertel Stunde lang mit allerlei Berühmtheiten darüber diskutieren, ob es einen Unterschied macht, mit Karte oder bar zu bezahlen. Konsequente Volksverdummung eben.

*Leserbriefschreiber der Red. bekannt*

### Das Damoklesschwert – AKW Krško

Es ist noch nicht so lange her, dass sich die Vertreter der slowenischsprachigen Landesbürger und des Kärntner Heimatdienstes, speziell im Oktober, in die Haare geraten sind und damit dem Land keine guten Diens-

te erwiesen haben.

Gott sei Dank ist inzwischen diesbezüglich Ruhe und Frieden eingeekehrt, da man anscheinend erkannt hat, dass keine Gefahr droht. Die Gefahr ist viel mehr das AKW Krško, welches auf einer Erdbebenlinie liegt! Deshalb war ich dreimal in Krško demonstrieren, das erste Mal vor 27 Jahren. Dafür wurde ich immer einige Tage inhaftiert.

Beim letzten Mal war sogar der jetzige Landeshauptmann Dr. Peter Kaiser in derselben Zelle mit mir.

Deshalb ein sehr großes Lob an die gesamte Kärntner Politik, die jetzt gemeinsam die Betreiber dieses slowenischen Atomkraftwerks zur Vernunft mahnen! Was nützt uns das schöne Kärnten, wenn dieses Atomkraftwerk in die Luft geht? Gerade das Sirenengeheul am Samstag hat mich wieder an diese Gefahr erinnert.

*Richard Leopold Tomasch, St. Michael - Dolintschitschach*

### Es ist kostbar, neutral sein zu können

Vielen, herzlichen Dank, sehr geehrtes Team von „Neutrales freies Österreich“, für Ihre überaus kostbare Arbeit. Ich habe eben Ihr Dokument zur Neutralität der Schweiz gespeichert. Es ist so kostbar, neutral zu sein!

Prof. Heinrich Wohlmeyer, Großneffe von Julius Raab, hat davon erzählt, wie es, dank Raabs Bruder, der in der Schweiz lebte, zur Neutralität für Österreich gekommen ist: [youtu.be/fvUkCg7MDgk](http://youtu.be/fvUkCg7MDgk)

Ich arbeite im „Forum Seitenstetten“ für eine Enttabuisierung der „Herrschaft des Nichtwissens“. Es geht vor allem um die Enttabuisierung von Problemen der Finanzarchitektur, die in alten Volkswirtschaften Verantwortliche zu Täuschungen drängen, und die des Wachstumszwanges wegen Kriege nicht nur fördern, sondern sogar fordern. Hier das Manifest von Prof. Wohlmeyer zu Auswegen aus dem, was ist: [www.forum-seitenstetten.net/handreichung-manifest-unverzichtbare-eckpunkte-einer-weltweit-zukunftsfaehigen-gesellschaftsgestaltung](http://www.forum-seitenstetten.net/handreichung-manifest-unverzichtbare-eckpunkte-einer-weltweit-zukunftsfaehigen-gesellschaftsgestaltung) Verschuldete Regierungen sind nicht mehr frei! Es wäre wunderbar, wenn Sie die Geldfrage interessieren würde. Im Anhang ein Einblick in das Leben eines Investmentbankers, eines Menschen, der im „Kleinen“ Werkzeug jener war, deren Geld die Welt regiert. Es geht um den so großen Irrtum, auf Kosten anderer Menschen „besser leben“ zu können. Gemessen an Kriterien für Lebensqualität sind jene Familien längst selbst Verlierer! Die Wahrheit würde auch sie befreien! *Josefa Maurer, St. Peter i. d. Au*

*Liebe Leserbriefschreiber! Für Ihre Stellungnahme danken wir Ihnen herzlich. Gleichzeitig bitten wir Sie um Verständnis, wenn wir aufgrund einer Vielzahl von Zuschriften nicht alle Leserbriefe abdrucken oder nur Auszüge aus Ihrem Schreiben bringen können und fallweise Kürzungen vornehmen müssen. Wir stellen fest, dass die hier veröffentlichten Leserbriefe nicht in allen Punkten mit unserer Meinung übereinstimmen müssen.*

# Positives, Erfreuliches, Nachahmenswertes...

## Investiere in den Frieden

Israel und Palästina stecken in einem schwierigen, tief verwurzelten und gewalttätigen Konflikt, der schon hundert Jahre andauert und auf beiden Seiten Tausende von Opfern gefordert hat.

Seit über 30 Jahren haben sich mehr als 600 israelische und palästinensische Familien im „Parents Circle – Families Forum“ (PCFF) zusammengeschlossen, die in diesem Konflikt nahe Angehörige verloren haben. Obwohl oder gerade weil sie schwere Verluste erlebt haben, setzen sie sich für ein Ende des Blutvergießens ein und rufen zur Versöhnung auf.

Das PCFF organisiert jüdisch-arabische Jugendcamps, hält Vorträge an Gymnasien und Gemeindezentren, die Mitglieder protestieren öffentlich gegen Krieg, Besatzung und Gewalt und veranstalten Seminare, um die Erzählungen der jeweils „Anderen“ zu verstehen – den Völkermord am jüdischen Volk und dessen Wiedergeburt sowie die Vertreibung und den Kampf der Palästinenser. Gemeinsam haben sie ein starkes soziales Netzwerk und eine starke Medienpräsenz aufgebaut, um beide Völker mit ihrer mutigen Botschaft der Empathie, der Hoffnung und des Friedens

zu erreichen.

Bei den vom PCFF veranstalteten Dialogtreffen teilt je ein palästinensischer und ein israelischer Vertreter seine persönlich erlebte Geschichte mit. Für viele sind die Aktivitäten und Gesprächskreise des PCFF das erste Mal, dass sie „die andere Seite“ überhaupt wahrnehmen. Nach solchen Präsentationen verändert sich bei den Teilnehmern oft ihre Sichtweise. Ein israelischer Student meinte: *Ich habe noch nie einen Dialog geführt oder einen Palästinenser getroffen. Es war eine augenöffnende Erfahrung, die mir eine andere Perspektive eröffnete. Ich habe Dinge entdeckt, von denen ich nie geglaubt hätte, dass sie auf der anderen Seite passieren, und auch ihre Bereitschaft zur Versöhnung. Das hat mir so viel Hoffnung gegeben und mich veranlasst, die Dinge anders zu betrachten.* Obwohl das PCFF keine eindeutige Position zur politischen Lösung des Konflikts vertritt, sind sich die meisten seiner Mitglieder einig, dass die Lösung auf freien Verhandlungen zwischen den Führungen beider Seiten beruhen muss, um die Einhaltung der Menschenrechte, die Errichtung von zwei Staaten für zwei Völker und



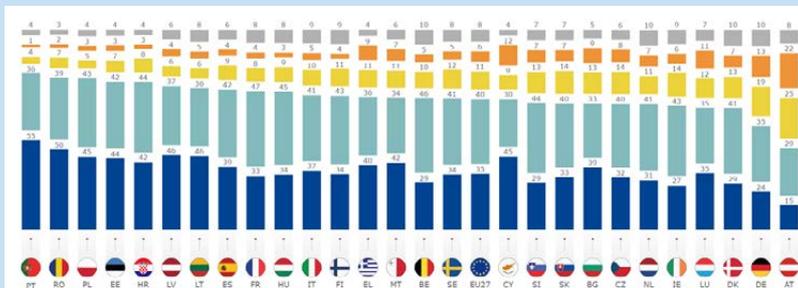
Der beste Weg um die Gewalt im Nahen Osten zu beenden ist der, mitzuhelfen von Volk-zu-Volk-Partnerschaften unter den Palästinensern und Israelis zu entwickeln. Bild: PCFF

die Unterzeichnung eines Friedensvertrags sicherzustellen. In einer Stellungnahme zur gegenwärtigen Eskalation der Gewalt heißt es: Die nicht länger zu leugnende Wahrheit ist, dass sich die Situation ändern muss. Wir haben zu viel Blutvergießen und Schmerz erlitten, zu viele Tränen geweint. Dies ist ein Moment für alle daran beteiligten Seiten, über die Sinnlosigkeit des anhaltenden Konflikts nachzudenken und die gemeinsame Menschlichkeit zu erkennen, die uns alle verbindet.

Quellen: [investinpeace.org](http://investinpeace.org); [nordkirche-weltweit.de](http://nordkirche-weltweit.de)

## Stimmen Sie der folgenden Aussage zu?

„Die EU sollte Rüstungsprojekte finanzieren, um strategische Verteidigungspotenziale und -technologien zu entwickeln.“



Die fünf Antwortmöglichkeiten lauteten:

**dunkelblau:** stimme voll u. ganz zu

**hellblau:** stimme eher zu

**gelb:** stimme eher nicht zu

**orange:** stimme überhaupt nicht zu

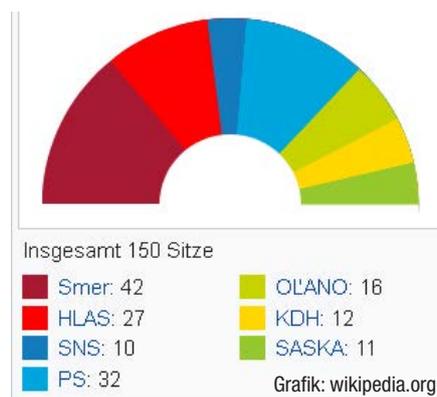
**grau:** weiß nicht

Das erfreuliche Ergebnis der Abstimmung der im Oktober durchgeführten EU-weiten Eurobarometer-Umfrage, ablesbar an den Balken-Farben: **Österreich hat sich am stärksten gegen die Finanzierung von Rüstungsprojekten durch die EU ausgesprochen**, die letztendlich auch vom österreichischen Steuerzahler berappt werden müssen. Mit immer neuen Rüstungsprojekten wird kein Krieg beendet.

Quelle: [europa.eu/eurobarometer](http://europa.eu/eurobarometer)

## Anti-EU-Wahlsieg in der Slowakei

Nach monatelanger praktischer Regierungslosigkeit fand am 30. September in unserem Nachbarland Slowakei wieder eine Nationalratswahl statt. Angetreten sind 25 Wahllisten. Sieben davon schafften die Fünf-Prozent-Hürde für den Einzug in das Parlament. Die EU- bzw. NATO-kritischen, sowohl rechten als auch linken Listen konnten deutliche Zugewinne verzeichnen, während die „pro-europäische“ OLANO schwere Verluste hinnehmen musste. Als mit Abstand stimmenstärkste Partei konnte die SMER unter ihrem Vorsitzenden und ehemaligen Ministerpräsidenten Robert Fico 42 Mandate erringen. „Nicht eine Kugel mehr an die Ukraine“ war ein zentraler Wahlspruch der SMER,



die auch gegenüber der Pandemie-, Klima- und Migrationsindustrie kritisch eingestellt ist. Statt Kriegsunterstützung für die Ukra-

ine soll der Sozialstaat gestärkt und die Inflation bekämpft werden, auch durch einen Handel mit Russland statt mit Sanktionen. Die humanitäre Hilfe an die Ukraine will die SMER nicht beenden. Nach dem Wahlsieg hat Fico diese Position gleich noch einmal bekräftigt.

Nach nicht einmal 14 Tagen einigten sich die beiden sozialdemokratischen Parteien SMER (von den westlichen Kartellmedien als „linksnationalistisch“ abgestempelt), HLAS und die rechtskonservative SNS („Slowakische Nationalpartei“) auf eine Koalition mit insgesamt 79 von 150 Mandatsträgern. Wie erwartet wurde Robert Fico am 25. Oktober 2023 erneut zum Ministerpräsidenten der Slowakei gewählt.

(Fortsetzung auf Seite 8)

Quellen: berliner-zeitung.de, wikipedia.org; tkp.at

**Das Neutrale Freie Österreich gratuliert dem unbeirrbaren Robert Fico zu seiner Wiederwahl und der gesamten SMER zu ihren vernünftigen Positionen, vor allem zu ihrer klaren Ableh-**

**nung von Waffenlieferungen an die Ukraine, die nur den leidvollen und sinnlosen Krieg mit tausenden Opfern auf beiden Seiten verlängern. Für Brüssel bedeutet dieses Wahlergebnis eine schwere Niederlage. Es beginnt sich damit eine allmähliche Abwendung Mittel-Ost-Europas vom Krieg in**

**der Ukraine abzuzeichnen, sehr zum Leidwesen von NATO und EU. Gibt es auch einen EU-kritischen Wahlsieg in Österreich, so könnte sich zusammen mit Ungarn auf dem Boden der ehemaligen k. u. k. Monarchie ein Gegengewicht zu den Zumutungen aus Berlin, Paris und Brüssel bilden.**

## VERANSTALTUNGEN & TERMINE

### Vortragsabend

Thema: „Krieg in Israel – Terror in Europa“

Referentin: **Mag.a Monika Donner**

Donnerstag, **14. Dezember 2023**, Beginn 19 Uhr  
im Hotel „Steinberger“, Hauptstraße 52,  
in 3033 Altlengbach i.W.

Veranstalter: *Initiative Heimat & Umwelt*

Teilnahmegebühr: 35 Euro

Anmeldung unter [www.menschheitsfamilie.at](http://www.menschheitsfamilie.at)  
Rest-Tickets an der Abendkasse

\*\*\*

### Friedensgespräch

Runder Tisch – **NFÖ-Wien**

jeden 3. Dienstag im Monat: Beginn 18 Uhr,  
Cafe „Frey“, Favoritenstr.44, 1040 Wien  
Nähere Informationen: Tel. 0676 406 5409

\*\*\*

### Friedensgespräch

Runder Tisch – **NFÖ-Oberösterreich**

Donnerstag, **25. Jänner 2024**, Beginn 17 Uhr  
Klosterhof Linz, Kremsmünster-Stübel,  
Landstraße 30, 4020 Linz  
Nähere Informationen, Tel: 0699 144 303 47

\*\*\*

### Friedensgespräch

Runder Tisch – **NFÖ-Salzburg**

Freitag, **26. Jänner 2024**, Beginn 17 Uhr  
Haus „Wartenberg“, Riedenburgstraße 2  
(Beginn Bayernstr.) in Salzburg-Stadt  
Nähere Informationen: 0699 1720 0336

\*\*\*

### Friedensgespräch

Runder Tisch – **NFÖ-Vorarlberg**

Samstag, **3. Feber 2024**, Beginn 17 Uhr  
Pfarrheim Schoren, Br.-Klaus-Raum, Schorenquelle 5,  
Dornbirn, Nähere Informationen: Tel: 0699 144 303 47

\*\*\*

### Friedensgespräch

Runder Tisch – **NFÖ-Tirol**

Mittwoch, **21. Feber 2024**, Beginn 17 Uhr  
GH „Tiroler Weinstube“, Gumpstraße 38, Innsbruck  
Nähere Informationen: Tel: 0699 1162 8644

Einladung zum Online-Vortrag

## Was bedeutet das Selbstbestimmungsrecht für die Völker?

Vortragende: **Dr. Eva Maria Barki**

**Freitag, 19. Jänner 2024**, Beginn: 19.30 Uhr

Der Vortrag mit Diskussion kann **online per Zoom-Videositzung** besucht werden. Bitte um Anmeldung unter E-mail: [buendnis@nfoe.at](mailto:buendnis@nfoe.at) oder Tel. 0699 144 303 47

**Veranstalter:** Bündnis NFÖ, gemeinsam mit dem Bildungszentrum Hard

**Eintritt:** 6 Euro

Das Selbstbestimmungsrecht wurde in zahlreichen Präzedenzfällen von der UNO und vom Internationalen Gerichtshof bekräftigt. Es wird in der Regel durch ein Referendum bzw. eine Volksbefragung begründet, im Kosovo sogar ohne Volksbefragung, lediglich durch einen Parlamentsbeschluss (vom Internationalen Gerichtshof bestätigt). Eine Konfrontation mit Russland spaltet politisch und wirtschaftlich Europa bzw. Eurasien. Europa muss zum Völkerrecht auf der Basis des Selbstbestimmungsrechtes aller Völker als Grundvoraussetzung für Freiheit, Demokratie und Frieden zurückkehren.

Als Referentin konnte die Wiener Rechtsanwältin Eva Maria Barki gewonnen werden. Sie war Mitarbeiterin von Univ.-Prof. Felix Ermacora sowie des ehem. Justizministers Univ.-Prof. Hans Klecatsky.



Bild: rp

*Hoffnung ist angesagt*

*Warum beginnt dieses Buschwindröschen schon im November zu blühen? Konnte es sich vielleicht vor lauter weihnachtlicher Vorfreude, trotz der beklagenswerten weltpolitischen Lage, nicht mehr untätig schlafend zurückhalten?*

*Frohe Weihnachten*

## Wir bitten um Ihre Unterstützung

Wenn Sie, lieber Leser, verehrte Leserin, die Arbeit der NFÖ unterstützen wollen, so haben Sie viele Möglichkeiten. Kontaktieren Sie uns! Falls Sie beiliegend in unserem Nachrichtenblatt einen Erlagschein finden, so sehen Sie darin bitte keine versteckte Verpflichtung, wenn gleich wir offen gestehen, dass freiwillige finanzielle Zuwendungen für unsere Arbeit gerade im Hinblick auf die hohen Druck- und Porto-kosten eine große Hilfe wären. **Wir erhalten keinen Cent aus Steuermitteln oder öffentlichen Fördertöpfen.**

**Redaktionsschluss: 18. November 2023**

Blattlinie: Für Neutralität, Direkte Demokratie und Souveränität, unter Beachtung der Gesetze der Republik Österreich.

Impressum: Verantwortlich für Inhalt u. Gestaltung: Bündnis *Neutrales Freies Österreich (NFÖ)*, 6010 Innsbruck, Postfach 110;

Telefon: 0699 144 303 47; E-Mail: [buendnis@nfoe.at](mailto:buendnis@nfoe.at); Bankverbindung: IBAN: AT53 4501 0001 0925 8996; Druck: Sterndruck, Fügen; DVR3000098